

Antrag: Profil schärfen – fest in den Prinzipien, flexibel in der Bündnispolitik

Antragsteller:in: Ko-Kreis der Bewegungslinken

Die Aufgaben Der Linken sind riesig. Die nächsten beiden Jahre werden darüber entscheiden, ob es in Deutschland eine erneuerte linke Alternative im Parlament gibt oder nicht. Wir stehen nach der vollzogenen Trennung von BSW nun vor einer Situation, in der sich Debattenlinien in der Partei neu sortieren, in der (hoffentlich) viele neue Mitglieder das Kräfteverhältnis und die „Logik“ innerhalb der Partei verändern werden – und in der nicht zu erwarten ist, dass die Parteispitze ohne unser Zutun die richtigen Schritte geht.

Wir nehmen die Mitgliederversammlung der Bewegungslinken deshalb zum Anlass, unser Profil zu schärfen und ein Update unserer Sprechfähigkeit als ökosozialistische Strömung herzustellen – einer bewegungsorientierten Kraft, die notwendig ist, um die Partei zu erneuern und Die Linke als Klassenpartei zu stärken und weiterzuentwickeln.

Mit Klassenpartei meinen wir nicht nur eine noch klarere gewerkschaftliche Orientierung, sondern auch die kampagnenförmige Bearbeitung von gesellschaftlichen Wendepunkten – also konkreten Klassenfragen wie die Kämpfe um Miete, Mobilität und Gesundheit, die große Teile der Bevölkerung betreffen.

Mit Ökosozialismus meinen wir, dass die Partei deutlicher rot und grün werden muss. Rot, weil wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende findet; grün, weil wir für eine Wirtschafts- und Lebensweise streiten, die das Klima und die Biodiversität nicht weiter zerstören.

Um in Der Linken Mehrheiten für diese ökosozialistische Politik zu gewinnen, muss die BL als ausstrahlungsfähiger Teil des linken Parteiflügels dialog- und bündnisfähig sein und mit guten Ideen und frischen Kräften Führungsangebote wie den Plan25 oder Sozialfonds in Verbindung mit Linke-Hilft-Strukturen entwickeln und in bestimmten Bereichen auch vormachen, wie Die Linke Kämpfe und Wahlen gewinnen kann.

Dies kann gelingen, wenn wir fest in den Prinzipien bleiben (also Verteidigung der Grundprinzipien des Erfurter Programms, Skepsis gegenüber Parlamentarismus, Regierung und Staat, Orientierung auf Antimilitarismus und starke Basisstrukturen), aber flexibel in der Bündnispolitik. Denn neben guten Grundsätzen wird es in den kommenden Jahren entscheidend sein, in der Partei Mehrheiten und Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Die Bewegungslinke ist weder Selbstzweck noch Wahlverein. Was zählt, sind die politischen Positionen, die wir in Der Linken verallgemeinern und die Schwerpunkte, die wir in der Parteiarbeit setzen wollen. Dabei werden wir mit allen zusammenarbeiten, die für diese Positionen offen sind – mal mit Teilen der Parteilinken, mal mit den guten Teilen der Reformen:innen und mal im Rahmen der Kampagnen, die im Karl Liebknecht Haus entwickelt werden.

Dazu muss die Strömung auch gegenüber den Vorsitzenden und dem Parteivorstand noch impulsfähiger werden, weshalb der neue Ko-Kreis Schritte dahingehend entwickeln muss, dass diejenigen Mitglieder des Parteivorstands, die das Projekt einer ökosozialistischen Klassenpartei unterstützen, noch stärker an einem Strang ziehen. Hierzu gehören eine langfristige Terminplanung für die Kooperation im Jahr 2024 und ein regelmäßig koordinierter und gewinnbringender Austausch sowie eine intensive Vorbereitung der Bundesparteitage im kommenden Jahr.

Außerdem stehen wir vor der Herausforderung, die Strukturen und Kampagnen Der Linken einladender und offener zu gestalten, um neuen Genoss:innen Raum zur Mitgestaltung zu geben. Das gilt ausdrücklich auch für Kader aus den Bewegungen, denen wir den Einstieg in führender Rolle in Der Linken anbieten und nahelegen wollen. Die kommenden Herausforderungen im Europa- und Bundestagswahlkampf können dafür die Plattform bieten – allerdings nur, wenn es uns gelingt, die Partei als glaubwürdige linke Alternative zu positionieren, die der Ampel-Politik der Klimazerstörung, der rassistischen Ausgrenzung und der stetigen Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Teile der Bevölkerung eine glaubwürdige Absage erteilt.